

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 14,00 Zl.
monatl. 4,50 Zl. In den Ausgabestellen monatl. 4,50 Zl. Bei
Postbezug doppeljährl. 16,08 Zl. monatl. 5,36 Zl. Unter Streifband in Polen monatl. 7 Zl.
Danzig 3 Gld. Deutschland 2,5 R.-Mt. — Einzelnummer 25 Gr., Sonntags 30 Gr.
Bei höherer Gewalt (Betriebsförderung, Arbeitszeitverlegung usw.) bei dem Bezieher
keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die 30 mm breite Kolonzeile 30 Groschen, die 90 mm
breite Reklamezeile 150 Groschen. Danzig 20 bzw. 100 Dz. Pf.
Deutschland 20 bzw. 100 Goldpf. übriges Ausland 100 % Aufschlag. — Bei Platz-
vorchrift und schwierigem Satz 50 % Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur
schriftlich erbeten. — Distanzgebühr 100 Groschen. — Für das Erscheinen der
Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.
Postleitkonten: Posen 202157. Danzig 2528. Stettin 1847. *****

Nr. 62.

Bromberg, Donnerstag den 17. März 1927.

51. Jahrg.

Thomas Mann in Warschau.

Verbrüderung des deutschen und des polnischen Geistes.

Warschau, 14. März. Auf Einladung des Penklubs, einer internationalen literarischen Vereinigung, ist der bekannte deutsche Schriftsteller und Dichter Thomas Mann in Warschau eingetroffen. Ihm zu Ehren fand abends im "Hotel Europejski" ein Bankett statt, an dem Vertreter der polnischen Regierung, darunter auch der Unterrichtsminister, ferner das diplomatische Corps und Vertreter der Kunst und Literatur der polnischen Hauptstadt teilnahmen. Auch die gesamte polnische Presse der Hauptstadt hatte ihre Vertreter entsandt, nur die nationaldemokratische fehlte. Das Bankett gestaltete sich zu einer lebhaften Aufführung für den deutschen Gast. Es wurden viele Reden in deutscher, polnischer und französischer Sprache gehalten, in denen der Verehrung für das geistige Deutschland Ausdruck gegeben wurde, dem die polnische Literatur so viel verdanke.

Als letzter ergriff Thomas Mann das Wort, der in nahezu einhalbstündiger Rede in deutscher Sprache darlegte, warum er gern die Einladung des polnischen literarischen Klubs angenommen habe. Als Mann der Arbeit, seit langem gewohnt an Ruhe und regelmäßiges Leben, habe er es grundsätzlich vermieden, irgendwelche Vereinigung beizutreten. Als aber auf englischer Initiative der Penklub entstand, meldete er sich unverzüglich als Mitglied zu diesem internationalen literarischen Verbande an, wobei er sich darüber klar war, daß dies der beste Weg sei, der zur wirklichen Befriedung Europas führt. Er sei gern der Einladung dieses Klubs nach London, später nach Paris gefolgt und habe sich davon überzeugt, daß die Idee der Annäherung der Menschen der Freiheit in ganz Europa eine der glücklichsten geweien ist. Hente unterliege es keinem Zweifel, daß, sofern die leitenden Geister der einzelnen europäischen Völker sich in der gemeinsamen gegen den Krieg gerichteten Idee vereinigen werden, ein europäischer Krieg niemals wieder ausbrechen könne.

Vollkommen durchdrungen von dieser Idee, hielt Mann die Einladung gerade nach Polen für eine weitere erwünschte Etappe in der Entwicklung dieser so heilsamen Idee. Es sei durchaus keine schöne Redewendung, wenn er behauptet, daß er von dem Erfolg, den er von den Vertretern der polnischen Literatur erfahren habe, tief ergriffen sei und daß er ihn in der Überzeugung gestärkt habe, daß die Verbrüderung des polnischen und des deutschen Geistes gerade in dem Augenblick ihren Anfang genommen hat, da er als geistiger Vertreter Deutschlands seine polnischen Brüder aussuchte. Es könnte nicht in Abrede gestellt werden, daß das ganze nachkriegszeitliche Europa in jeder Hinsicht Änderungen erfahren habe, die man vor dem Kriege nicht erwarten können. Eine in ihren Folgen weittragende Änderung sei gerade das gegenseitige Kennenlernen der einzelnen Völker, wie dies zuvor niemals der Fall war. — In seinen weiteren Ausführungen wies Thomas Mann auf die gemeinsamen Ideale der Kultur der europäischen Völker hin. Schon diese Gemeinsamkeit müßte der größte Ansporn zu einer immer engeren Verbrüderung dieser Völker werden.

In einer Feststellung des literarischen Klubs hielt Thomas Mann eine Vorlesung in deutscher Sprache über das Thema "Freiheit und Vornehmheit". Die Vorlesung wurde in die polnische Sprache übersetzt. Zur Verständigung der Vornehmheit, die im engen Zusammenhang mit der "Freiheit" steht, wählte sich der Redner die zwei größten deutschen und russischen Dichter: Goethe und Schiller, sowie Tolstoi und Dostojewski. Über Schiller und Dostojewski, d. h. über die "Freiheit", sprach Mann unvergleichlich weniger als über Goethe und Tolstoi, d. h. über die "Vornehmheit". Eine in gewisser Weise mitleidige, weniger zweifellos sehr aufrichtige und liebevolle Sympathie zeichnete die wenigen Worte aus, die den beiden ersten Dichtern gewidmet waren, während die beiden anderen auf den höheren Plan gerückt wurden. Die zuerst genannten Poeten sind — nach Thomas Mann — diejenigen, denen das Schickal im materiellen und praktischen Leben einen benachteiligten Platz zugewiesen hat. Die beiden anderen waren "beati possidentes". Die ersten beiden repräsentieren den Kampf um das Recht auf Verdienst und Wert auch derjenigen, die nicht dank der "angeborenen" Bedingungen, geradezu "von Geburt", mächtig sind. Die beiden anderen sind der Meinung, daß gerade die "angeborene" Position, die hohe mächtige Stellung, die dem Menschen vom Schickal gegeben ist, gleichzeitig das maßgebendste Recht sei. Sich auf Goethes stützend, begründete Thomas Mann philosophisch den natürlichen Begriff des Rechts auf "Vornehmheit zur Beherbung des Lebens". Die Begründung stützt sich auf die Unterordnung der Freiheit des Willens unter die materielle Naturordnung. Im reinen Geistesleben hat der freie individuelle Wille unbeschränkte Rechte und dort kann er alles nach seinem Wert und nach seinen Verdiensten bilden. Das Ergebnis ist diese oder jene Gestaltung in der "angeborenen" Hierarchie, d. h. die Vornehmheit und die naturgemäß nur für eine Seite reservierte Stärke, die anderen versagt bleibt. Die Vornehmheit herrscht und macht sich die Freiheit zunutze, wobei sie sich auf das natürliche Recht beruft, das nach ihrer philosophischen Auffassung auch das maßgebendste Recht ist. Die Benachteiligten vinden sich hin und her und leiden, schaffen ebenso große Werke, können sogar oft noch Größeres zuwege bringen, doch "ihr Reich ist nicht von dieser Welt". Wenn man sich, wie Schiller zu Goethe, an die Vornehmheit mit Sympathie und Liebe, gleichzeitig mit der gehörigen Anerkennung, mit Rücksicht nicht auf die angeborene Vornehmheit, sondern auf den Wert des Verdienstes außerhalb dieser Vornehmheit, wendet, so wird die Vornehmheit zweifellos sehr liebvolle und höflich, jedoch vor allem gnädig antworten.

Das Auditorium spendete diesen Aufführungen lebhaften Beifall.

In einer Broschüre des polnischen Generalstaatsanwalts Stanisław Bułkiewicz "Polityka Polski Niepodległej. Szkic programu" (Die Politik des unabhängigen Polen. Skizz zu einem Programm), Warschau 1922, in der die Anerkennung Ostpreußens an die polnische Republik gefordert wird, und deren wichtigste Teile uns jetzt durch eine deutsche Publikation*) auch in deutscher Sprache zugänglich gemacht wurden, finden wir u. a. folgende aufschlußreichen Ausführungen:

"Polen kann von Deutschland sehr viel lernen, und dieser Unterricht ist im Hinblick auf die Nähe hier auf jede Weise leichter zu erlangen, als irgendwo. Müßig wäre es, zu fürchten, daß die kulturelle Annäherung gleichzeitig eine unerwünschte Verbindung oder gar eine politische Abhängigkeit hervorrufen könnte. Wie durchaus von einander geschieden diese Gebiete sind, dafür liefern uns ja die Polen des ehemaligen preußischen Teilstaates ein lebendes Beispiel. Durch nahezu anderthalb Jahrhunderte lebten sie unter dem alles umfassenden unmittelbaren Einfluß der deutschen Kultur und des deutschen Lebens.

Unter einem Einfluß, der ohne Zweifel außerordentlich stark auf jenen Teil der polnischen Volksgemeinschaft einwirkt, und der in der Mentalität dieses Volksteiles so charakteristische Spuren zurückgelassen hat. Aber dessen ungeachtet hat sich in jenem Volksteil nicht nur ein Patriotismus besonders antideutscher Färbung erhalten, sondern man könnte fast das Paradox aussprechen, daß dieser Patriotismus proportional mit der kulturellen Germanisierung zunähme.**) Davon, daß sich die gesamte Bevölkerung Polens einer systematischen Einwirkung der deutschen Kultur hingaben könnte, ist gegenwärtig vollends nicht die Rede. Es handelt sich nur darum, daß diejenigen einzelnen Persönlichkeiten, die, stets eine geringe Minderheit bildend, zur Erweiterung ihres Wissens dessen Bereicherung an fremden Quellen suchen, sich auch an die deutsche Quelle wenden, die viel zu geben hat und besonders zugänglich ist."

*) Ernst N. B. Hansen, "Polens Drang nach dem Westen", Verlag von K. F. Kochler, Berlin und Leipzig, 1927.

**) Ganz richtig ist diese These nicht. Der Gegensatz zwischen der deutschen und der polnischen Bevölkerung des ehemals preußischen Teilstaates erscheint auch im gegenwärtigen Augenblick keineswegs unüberbrückbar, wenn nicht die Führung des antideutschen Chauvinismus aus dem Osten bezogen würden. Wenn freilich auch das weltpolnische Volk, durch keinen anderen Polen in seiner selbstverständlichen Liebe zur eigenen Kultur übertrifft. Infsofern hat Bułkiewicz also durchaus recht, daß eine Bereicherung der polnischen Nation mit deutscher Kultur gut keine politische Annäherung zwischen Polen und Deutschen zur Folge haben dürfte.

Minister Zaleski in Warschau.

Warschau, 16. März. (PAT) Am Dienstag abend 8½ Uhr ist Außenminister August Zaleski wieder in Warschau eingetroffen. Auf dem Bahnhof wurde er im Namen der Behörden vom Regierungskommissar für die Stadt Warschau Dr. Jarosławiec, im Namen des diplomatischen Corps vom französischen Botschafter Baroche und von den Beamten des Außenministeriums mit dem Direktor des Protokolls Przedzicki an der Spitze begrüßt. Auch der Botschafter Władysław Skrzynski war zu dem Empfang erschienen.

Einem Vertreter des "Kurier Polski" gewährte Außenminister Zaleski eine Unterredung, in deren Verlauf er erklärte, daß er im allgemeinen von dem Ausgang der Generäler Beratungen befriedigt sei. Beide Polen unmittelbar angehörende Fragen, die oberschlesische und die Danziger Frage seien in einem für Polen günstigen Sinne entschieden worden. Die allgemeine Stellung Polens auf dem internationalen Forum habe sich verbessert, seitdem Piłsudski in Polen das Regiment führt.

Über die Ergebnisse seiner Gespräche mit dem Reichsausßenminister Stresemann sagte Zaleski, daß sie beide einen gewissen allgemeinen Plan für die Wiederaufnahme der Handelsvertragsverhandlungen entworfen hätten, der jedoch erst nach Begutachtung durch die beiden Regierungen veröffentlicht werden könne.

Auf die Frage nach seiner Meinung über den lettisch-sowjetrussischen Vertrag sagte Zaleski, man müsse vorerst berücksichtigen, daß der Vertrag noch gar nicht unterzeichnet, sondern daß lediglich ein Teil der Klauseln paraphiert worden sei. Polen sei in dieser Sache nicht direkt interessiert; nur das Freundschaftsverhältnis zu Lettland lasse es notwendig erscheinen, das Schickal Lettlands im Auge zu behalten. Der Minister hofft, daß Lettland mit größerer Vorsicht auf Werf gehen und nichts unternehmen werde, was ihm in Zukunft schädlich sein könnte. Mit besonderem Interesse verfolgt Polen als Mitglied des Völkerbundrats die Verhandlungen Lettlands mit Sowjetrußland über die Klausel, welche die Verpflichtungen Lettlands gegenüber dem Völkerbund betreffen soll.

Morgen lehrt auch der deutsche Gesandte Rauch nach Warschau zurück. In Verbindung damit hofft man, daß die diplomatischen Verhandlungen für die Wiederaufnahme der Handelsvertragsverhandlungen bald eingeleitet werden.

Das oberschlesische Kompromiß. Nicht die Sprache, sondern der Wille ist entscheidend!

In einem der wenigen sachlich orientierten Leitartikeln, die wir über das oberschlesische Schulproblem in der polnischen und reichsdeutschen Presse finden, schreibt die "Frankfurter Zeitung":

"Nicht unbedenklich ist auch die von dem Dreierkomitee gegebene Empfehlung, nur deutscherweise Kinder in die deutschen Minderheitsschulen zu schicken. Wenn man bedenkt, daß es ja gerade ein wichtiger Zweck vieler oberschlesischer Eltern, aus solcher nichtdeutscher Abstammung,

Der Stand des Zloty am 16. März:

In Danzig: Für 100 Zloty 57,56

In Berlin: Für 100 Zloty 46,83

(beide Notierungen vorbörslich)

Bank Poloni: 1 Dollar = 8,90

In Warschau inoffiziell 1 Dollar = 8,93½.

ist, daß ihre Kinder die deutsche Sprache erlernen und daß sie den Unterricht in einer deutschen Schule erhalten sollen, dann trifft auch diese scheinbar plausible Empfehlung keineswegs das Richtige. Wie konnte dann die französische Unterrichtsverwaltung den Bevölkernden elässischer Kinder, die kein Wort französisch verstanden, zumuten, daß sie in französischen Unterricht gestellt werden? Chen dieses elässische Beispiel zeigt doch auch, daß nicht die Sprache entscheidend dafür ist, zu welcher Nation ein Mensch gehört sondern sein Wille. Und es fühlen sich eben viele Oberbürgermeister, auch wenn sie nur ihren wasserpolnischen Dialekt und das Deutsche nur mangelhaft sprechen, als Deutsche und wollen, daß ihre Kinder deutsch erzogen werden. Diesen Eltern und Kindern wird durch die Empfehlung nicht ihr Recht."

Der Generalsekretär der "Times" schreibt: Stresemann hat diesmal am meisten nachgegeben, hat sich aber dafür als vollkommenen Exponent der Methoden und Gedanken des Völkerbundes erwiesen. Er hat den Vorsitz im Völkerbundrat mit Humor, Verstand und Takt geführt. Er hat sich vollkommen mit der Arbeit des Völkerbundes identifiziert, und sowohl in der Frage des Saargebiets wie der schlesischen Schulen hat er mit großer Miene zugunsten einer sofortigen Regelung nachgegeben, obwohl er die juristischen Argumente an seiner Seite hatte!). Er sieht dies getan zu haben, ohne sich seine eigene öffentliche Meinung zu entzweien, so daß die allgemeine Wirkung seines Verhaltens auf die Empfindungen der Franzosen sehr groß ist.

Die "Times" schreiben weiter, Stresemann habe sich durch sein Nachgeben im Osten eine starke positive Lage geschaffen, um die Räumung des Rheinlandes von den Alliierten verlangen zu können, wenn die Maßnahmen, die zur Durchführung von Deutschlands Entmilitarisierung vorgesehen sind, vollständig sind. Es besteht Grund, zu glauben, daß er mit der Hoffnung in die Zukunft sieht, daß das Datum für die Räumung noch vor Kurzem festgesetzt wird, so daß die nächste Räumung in Berlin ohne die Gefahr von Zwischenfällen abgehalten werden könnte.

Weichsel und Rhein.

Henry de Jouvenel, der bekannte französische Senator und Völkerbundvertreter, veröffentlicht im Amsterdamer "Telegraaf", wo er in Leitartikeln seit einiger Zeit alle acht Tage die Gefahr beschreibt, die seiner Ansicht nach die gegenwärtige deutsche Reichsregierung für die internationale Verständigung bedeutet, einen Aufruf über "deutsch-polnische Versöhnung". De Jouvenel beginnt mit der Behauptung, Zaleski sei in Genf mit Stresemann auf dessen Nötigung hin zusammengekommen und stellt dann u. a. folgendes fest:

Wie Locarno den territorialen Status quo im Westen verbürgt zu haben scheint, so verbürgt die militärische Besetzung des Rheinlandes vorläufig den territorialen Status quo im Osten. Es ist völlig klar, daß Deutschland ohne Zustimmung von Europa kein ernsthaftes Unternehmen wagen kann, sei es gegen Polen, sei es gegen die Tschechoslowakei, sei es selbst für die Annexion von Österreich, so lange die Verbündeten einen Teil der deutschen Bevölkerung und des deutschen Gebiets als Unterpfand in Händen haben. Wir stehen — das ist nicht zu bezweifeln — vor der merkwürdigen Tatsache, daß die neue französische Ostgrenze noch nicht organisiert ist, während es die deutsche sehr wohl ist. Zwar hat die Botschafterkonferenz mehr als 30 verstärkte Festungswerke an der deutschen Ostgrenze beanstandet, aber trotzdem hat Deutschland dann immer noch mehr als wir Franzosen an unserer Ostgrenze.

(Das entwaffnete Deutschland ist besser gerüstet, als das bis an die Zähne bewaffnete Frankreich? Wer lacht da? D. R.) Aber was kümmert das Europa? Die anderen Länder haben ein Recht, zu sagen: "Wenn Frankreich seine Verteidigung nicht organisiert, dann ist das ausschließlich seine Sache; Frankreich kann nicht verlangen, daß wir dafür aufkommen." Der europäische Diplomatik und den Neutralen gegenüber ist das Argument, die Besetzung müsse im Rheinland bleiben, weil unsere neuen Grenzen noch nicht organisiert sind, unvergleichlich weniger wertvoll, als der Einwand, daß die Rheinlandbeziehung sich durch die Interessen von Mittel- und Osteuropa rechtfertige. Man darf es Herrn Stresemann nicht übernehmen, daß er diesen Sachverhalt begriffen hat, sondern muß ihn dazu beglückwünschen. Aber wird ihm sein Land folgen auf dem Weg, den er, scheint es, einschlägt? Das ist jetzt die große Frage.

Der Weg, den nach Ansicht de Jouvenels Stresemann einschlägt, soll zu nichts Geringerem führen als zu einem Locarnovertrag mit Polen. De Jouvenel bezweifelt, daß die Deutschen nationale diese angebliche Politik Stresemanns mitmachen würden. Er verweist auf die letzten polenfreudlichen Äußerungen der "Germania", zitiert aus einer Rede, die der Reichstagspräsident Löbe Mitte Juni in Lódz gehalten hat, eine längere Stelle, in der Löbe empfiehlt, den polnischen Korridor bestehen zu lassen und seine Schwierigkeiten durch eine "moderne Brücke" wirtschaftlicher und geistiger Beziehungen zwischen Polen und Deutschland zu beseitigen, stellt Hindenburg als den Urheber der gegenwärtigen Regierungskoalition im Reich an den Pranger und spricht die Hoffnung aus, man möge in Deutschland eine neue Koalition finden, die ein Locarno zu stande bringe.

der Wahlordnung sind. Die erste Bedingung aber für unser Einverständnis zu einer Änderung ist die Durchführung des Grundsatzes, daß den nationalen Minderheiten eine ihrer zahlenmäßigen Stärke entsprechende Vertretung im Parlament gesichert werde. Dieser Grundsatz ist nicht allein unser Grundsatz. Auf dem Genfer Minderheitenkongreß, der 40 Millionen europäische Minderheiten repräsentierte, wurde dieser Grundsatz zur einmütigen Forderung aller Minderheiten Europas erhoben, darunter auch der polnischen Minderheiten in den verschiedenen Staaten. Ich erinnere Sie daran, meine Herren, daß in einer ganzen Reihe von Staaten bedeutende polnische Minderheiten leben, deren Los Euch am Herzen liegt. Ihr habt kein moralisches Recht, für diese Minderheiten Gleichberechtigung zu fordern, wenn Ihr das Recht der Minderheiten in Eurem eigenen Lande mit Rücken tretet. Gebt uns eine Wahlordnung wie sie in Deutschland besteht, und die Lösung für die Forderungen der Minderheiten, auch der polnischen Minderheit im Osten, wird gefunden sein.

Herr Prof. Glabiński beklagte sich darüber, daß der Wahlkampf bei uns nach nationalen Gesichtspunkten und nicht nach sozialen Gesichtspunkten geführt wird. Dies ist allerdings nicht dazu geeignet, klare politische Verhältnisse in unserem Lande zu schaffen. Viel wichtiger wäre eine Scheidung nach sozialen Gesichtspunkten. Dies aber wird nicht durch künstliche Ausschaltung der nationalen Minderheiten erreicht. Dazu führt ein anderer Weg, und das ist

die restlose Befriedigung aller nationalen Bedürfnisse der Völker Polens.

Entziehen wir die nationale Kultursphäre der Obhut des Staates, geben wir sie in die Hände der betreffenden Völker selbst, schaffen wir die Kulturautonomie und der Weg für eine soziale Schichtung der Bevölkerung Polens ist frei.

Auf die Ausführungen des Herrn Prof. Dubanowicz möchte ich noch einiges antworten. Herr Dubanowicz hat mit Entrüstung darauf hingewiesen, daß bei der Behandlung der Wahlreform sowohl die nationalen Minderheiten als auch die linken polnischen Parteien nur an ihre eigenen Interessen denken, nicht aber an das Wohl des Staates. Ich glaube, hier liegt eine Begriffsverweichung vor. Herr Dubanowicz identifiziert den Staat mit den polnischen Rechtsparteien. Der polnische Staat aber ist nicht das polnische Volk allein, in seinem Range aber sind es die polnischen Rechtsparteien. Der polnische Staat sind wir alle Völker Polens und alle Klassen dieser Völker. Im Interesse des Staates aber liegt es, daß die Bedürfnisse aller Staatsbürger befriedigt werden. Übrigens haben die Befreiungen der Rechtsparteien ja zur Genüge bewiesen, daß es sich gerade bei ihnen um egoistische Parteizwecke handelt.

Bei diesem Kampf um die Wahlordnung handelt es sich um große und wichtige Dinge.

Der nächste Sejm hat den Charakter eines verfassungsgleitenden Sejms. Es handelt sich hier also nicht mehr um diese oder jene Gesetze, sondern um die ganze Staatsverfassung, um die elementaren Rechte der Staatsbürger und der nationalen Minderheiten, um den ganzen Komplex der sozialen Fragen.

Glauben Sie, meine Herren, daß wir in diesem Kampf auch nur einen Schritt zurückweichen werden? Niemals!

Wir sind als Minderheit in unserer kulturellen Entwicklung gehemmt. Auf wirtschaftlichem Gebiete sind wir benachteiligt. Nun wird mit aller Kraft gegen unsere politische Gleichberechtigung Sturm gelaufen. Wir aber werden uns jedem Versuch, uns politisch zu entziehen, mit dem Aufgebot unserer ansehnlichen Kraft und mit allen Mitteln widersetzen.

Der Anschlag gegen die Verfassung.

(Von unserem Warschauer Korrespondenten.)

Warszawa, 15. März. Heute vormittag trat die Verfassungskommission des Sejm wiederum zusammen. Die Vermittlungsaktion des Marschalls Rataj hat es zuwege gebracht, daß auch die Vertreter der Linken und der Minderheiten, die zum Protest gegen die geplante Einführung von zweierlei Wahlurten in den Gebieten "gestreift" hatten, wieder in der Kommission erschienen. Da diese herausfordernde Bestimmung im Glabińskischen Projekt schon in der vorigen Sitzung der Kommission fallen gelassen wurde, steht nach Ansicht der Linksparteien ihrer weiteren Teilnahme an den Kommissionsarbeiten kein wesentliches Hindernis entgegen.

In der heutigen Sitzung erfolgte die Wahl der Mitglieder der Unterkommission. Abg. Kierinik beantragte die Wahl von neun Mitgliedern. Die Vertreter der slawischen Minderheiten protestierten dagegen. Darauf schlug Abg. Popiel die Wahl von elf Mitgliedern vor. Dieser Vorschlag wurde von der Kommission mehrheitlich angenommen. Zu den in der vorigen Sitzung gewählten Mitgliedern der Unterkommission, nämlich Glabiński (Nat. Volksverband), Dubanowicz (Christlich-national), Brzyska (Christlich-demokrat) und Kierinik (Piast) wurden hinzugewählt: Szapinski (PPS), Polakiewicz (Bauernpartei), Bagiński (Wyzwolenie), Popiel (NPR), Konopczyński (Nat. Volksverband), Chruści (Ukrainer) und Schreiber (Jüdischer Club).

*

In den Kreisen der Linken wird mit Entschiedenheit die Ansicht vertreten, daß die gesamte Linke sich der Errichtung einer beschränkten Vollmacht an die Regierung in Sachen der Wahlordnung unbedingt widersetzen werde. Im einzelnen sind die Parteien der Linken einig im Bestreben, die Einführung besonderer Wahlkreise, die Einführung vergrößerten Wahlkreises in den Gebieten und die Verringerung der Zahl der Mandate zu bekämpfen. Es widersprechen grundsätzlich dem Standpunkt der linksstehenden Parteien, in eine solche Änderung der Wahlordnung einzuwilligen, die zum Zwecke der Schmälerung der Rechte der nationalen Minderheiten Unterschiede zwischen den einzelnen Wahlkreisen einführen würde. Soweit es sich um die Sicherung des polnischen Elements dort, wo es verschwindend ist, handelt, genügt die Vereinigung der Wahlkandidaten. Die Linke sei sich dessen bewußt, daß bei diesen Fragen die Rücksicht auf die öffentliche Meinung des Auslandes nicht außer acht gelassen werden dürfe.

*

"Przegląd Wieczorny" erfährt, daß auch die Regierung mit verschiedenen Entwürfen für eine Änderung der Wahlordnung beschäftigt ist. Sie bilden den Gegenstand vorläufiger Beratungen und Bearbeitungen in besonderen, vom Präsidium des Ministerrats einberufenen Kommissionen. Erst wenn sie zu einer endgültigen Gestalt ausgereift sein werden, wird der Ministerrat über sie beraten. Die Entwürfe gehen weit auseinander; so viel ist bekannt, daß einige von ihnen die Verbindung der Wahlkandidaten einführen, andere die Zahl der Abgeordneten auf 360 herabsetzen.

Wirtschaftliche Rundschau.

Konturse.

Grakona. Feilefabrik in Bromberg. Zu dem Konkursverfahren gegen die Firma Grakona ist eine Gläubigerversammlung zwecks Festlegung der Entschädigungen auf den 30. März, 10 Uhr vormittag, im hiesigen Kreisgericht, Zimmer 12, anberaumt.

Die diesjährige Leipziger Frühjahrsmesse ist die bei weitem erfolgreichste seit der Inflationszeit gewesen. Es wurde im allgemeinen viel besser gekauft und bestellt, als man bei der ganzen wirtschaftlichen Lage erwartet hat. Diese Besserung der Lage betrifft fast alle Branchen. Die Zahlungsbedingungen sind überall heute ziemlich diejenigen, die nur wenige Prozente anzahlten wollen und Raten bis zu drei und vier Jahren vorschreiben. Dabei haben sie aber immer noch große Projekte, werden aber bei ihren heutigen durch die Deflation beträchtlich erhöhten Löhnen kaum noch mit den deutschen Fabrikaten konkurrenzieren können. So steht hinter jeder geschäftlichen Verhandlung am Messestand eigentlich ein weltwirtschaftliches Problem. Ausschlaggebend für sehr viele Branchen war der starke Auslandssatz. Den Kernpunkt der ganzen Messe bildete auch in diesem Jahre wieder die technische Messe. Daneben hatte die Textilmesse, die verlängert wurde, großen Erfolg. Die Leipziger Messe hat den bündigen Beweis dafür erbracht, daß sie sich die Internationalität als auszeichnendes Merkmal zuschreiben darf. Durch einen Besuch von mindestens 28 000 Ausstellungsteilnehmern aus insgesamt 78 fremden Ländern wurde die hohe Bedeutung der großen Leipziger Messe für den deutschen Export überzeugend dargetan.

Lebhafte Messeverkehr in Breslau. Die am Sonntag eröffnete Breslauer Frühjahrsmesse hat, nach dem äußeren des ersten Tages zu urteilen, einen etwas günstigeren Verlauf genommen, als man vielfach erwartet hatte. Die Zahl der Aussteller ist allerdings recht beschränkt, doch ist sie kaum hinter die Ausstellerzahl von 650 bei den vorjährigen Frühjahrsmessen zurückgegangen. Zu berücksichtigen ist in Breslau ferner, daß die Technische Messe, getrennt von der allgemeinen Messe, zusammen mit den traditionellen Landmaschinen-Markt stattfindet. Der Verkehr am ersten Messestag war in den Nachmittagsstunden recht lebhaft.

Ein Dementi der Bank Polisi. Auf der Warschauer Börse kreisen seit einigen Tagen Gerüchte, denen zufolge die Bank Polisi in nächster Zeit ihr Aktienkapital durch eine neue Aktienemission vergrößern mölle. Diese Gerüchte entbehren, wie die "A. B." von maßgebender Seite erfahren, jeder Grundlage. Die Bank Polisi als Institut für kurzfristige Kredite benötigt zurzeit keinerlei Kapitalerhöhung, und das um so weniger, als sie infolge des Mangels guter und sicherer Wechsel auf dem Geldmarkt etwa 150 Millionen Zloty durch die Wirtschaftskreise nicht ausgenutzten Diskontkredits besitzt. Die Bank Polisi denkt ernsthaft nicht an eine Kapitalerhöhung.

Seuchen unter Ihren Viehbeständen

verhindern Sie durch Gebrauch des Viehmost- und Zuchtpulvers Grex,

welches infolge seiner garantiierten vorzüglichen Zusammensetzung den größten Nährwert besitzt und zugleich die gebräuchlichsten Seiten (Mollauf, Maul- und Klauenseuche usw.) unter Garantie verhütet. Grex ist gleichzeitig ein Präparat, welches dem Jungvieh einen starken und gesunden Knochenbau gibt und appetitanregend wirkt.

Grex verbessert daher Ihre Viehbestände bedenklich und bringt größere Erträge. Grex sorgt für einen guten Viehbestand. Grex ist zu beziehen von allen einschlägigen Geschäften oder direkt von

Industrielle Werke Grex

Berkausbüro
Poznań, ul. 27. Grudnia 9.

Große Auswahl
Obstbäume, Frucht- und Beerensträucher, Alleeäste, bunzlauige Solitärbäume, Trauerbäume, Blütensträucher, Vorwachsen und Dekorativer Sträucher, Schling- und Kletterpflanzen, Hedera, hochstämmige Rosen und niedrige Rosen sowie verschiedene Baumjahrartikel u. winterharte Stauden gewächse. 2750 alles in besten Sorten zu den billigsten Preisen

Jul. Ros
Gartenbaubetrieb
Sw. Trójcy 15
Fernruf Nr. 48.

Schutz-Märkte
Runkel-Samen
Samen A, Samen B, Samen C

Criewener Runkelrüben-Samen
(Gelbe Eckendorfer) Für Wiederverkäufer Spezialoffer. 3211 Dom. Czajcze, powiat Wyrysk.

Altenmappe
mit einem Hypothekenbrief u. and. wichtigen Dokumenten, auf meinen Namen lautend, abhanden gekommen Ich warne vor Mißbrauch und Ankauf dieser Papiere. 4216 Conrad Urban, Bialashowo, p. Grudz.

DAS ECHTE SIROLIN **ROCHE**

ist wieder in allen Apotheken Polens zu haben zum Preise von zl. 6.50

M-W-M

KOMPRESSORLOSE VORKAMMER ROHOEL-MOTOREN
für Gewerbliche Betriebe Fahrzeuge · Schiffe Kraftwerke von 5 - 3000 PS

MOTOREN-WERKE MANNHEIM A.G.
vorm. BENZ Abt. stationärer Motorenbau DANZIG, Pfefferstadt 71.

Herrenzimmer Speisezimmer Schlafzimmer Neuzeitliche Küchen
Qualitätsarbeit, empfiehlt
J. Schülke, Tischlermeister Bydgoszcz, Marcinkowskiego 3.

Pianos
fabriziert und empfiehlt
in eleganter, modernster, stimmfester, kreuzsaitiger Ausführung mit bester Unterdräpfungs-Repetitionsmechanik
zu mässigen Preisen auf Abzahlung bis zu 18 Monaten bei langjähriger Garantie für gute Haltbarkeit
Vertriebung bester ausländischer Firmen
B. Sommerfeld
Pianofabrik und Großhandlung
Bydgoszcz, ulica Śniadeckich 56. — Tel. 283 und 918.
Filiale: Grudziądz, ulica Groblowa 4. — Tel. 229.
Gegr. 1905.

Harder Acker-Schleifen
Paten „Jensen“ 3716
zweiteilig, 2,50 m Arbeitsbreite 74
dreiteilig, 3,75 m Arbeitsbreite Dzg.-G. 100
ab Lager Danzig.

Drill- und Hack-maschinen „Saxonia“
„Wermke“ Ackergeräte zu günstigen Zahlungsbedingungen prompt lieferbar

Witt & Syndsen, G. m. b. H.
Danzig, Telefon 245 31 u. 245 32.

Bersteigerung.
Am Freitag, d. 18. d. Mts., 3 Uhr nachmitt., verlaufe Weitbietendem 1 Wagon Stahldrahrt in Rollen, aufgerollt auf Holzstangen. Ausrissnummer 10003. Ludwik Szymanski, bahnamtlich. Spediteur, Toruń, Zeigarska 3. Tel. 909. 4222.

Lopeziger
empfiehlt sich z. sämtlicher Polsterarbeit Wiaduktowa 18. 2399
F. Kreski Gdańsk 7.

